

Bürgernah die Stadt gestalten

Von Veronika Gasser

■ Österreich räumte bei Wettbewerb für Verwaltung ab.

Linz. Österreich ist in puncto öffentlicher Verwaltung ein Vorzugsschüler. Dies bestätigte der 7. Speyerer Qualitätswettbewerb für Verwaltung, der am Mittwoch erstmals außerhalb Deutschlands in Linz seinen feierlichen Abschluss fand. „Wettbewerb setzt das System unter Strom,“ lautet das Credo von Göttrik Werwer, deutscher Staatssekretär für Inneres. Der Strom hat den heimischen Verwaltungsmotor in Schwung gebracht. Denn unter den 100 eingereichten Projekten waren 59 aus Deutschland, 32 aus Österreich und 9 aus der Schweiz. Und Österreichs Verwaltungsbeamte räumten mit 13 Preisträgern ab. 11 Auszeichnungen gingen an die Deutschen, 4 an die Schweizer.

E-Government, der elektronische Akt, erwies sich beim Wettbewerb als Domäne der heimischen Verwaltung. Von sechs Preisen gingen fünf an Österreich. Prämiert wurden das Bundeskanzleramt, die Parlamentsdirektion, das Finanzministerium, die Stadt Wien, das Amt der Kärntner Landesregierung und die Bezirkshauptmannschaft Hermagor. In Sachen Qualität der Verwaltung wurden der Oberösterreichische Landesrechnungshof, das AMS Burgenland und der Magistrat der Stadt Linz ausgezeichnet.

Ziel des renommierten Wettbewerbs ist es, die Leistungen in den öffentli-

chen Verwaltungen sichtbar zu machen und Neuerungen voranzutreiben. Dem Linzer Bürgermeister Franz Dobusch geht es darum „die Stadt bürgernah zu gestalten“. Dabei setzt er auf eine klare Trennung zwischen Dienstleistungen und Hoheitsverwaltung. Mittels Befragung wird gemessen, wie hoch der Grad der Zufriedenheit ist.

Auch Dobusch ist mit dem guten Abschneiden der heimischen Verwaltung sehr zufrieden. Die Auszeichnungen, betont er gegenüber der „Wiener Zeitung“, sind ein Zeichen für die Qualität und Innovationsbereitschaft – allen Unkenrufen zum Trotz.

Pannen schaden Image

Städtebund-Generalsekretär Erich Pramböck ist stolz auf seine Schützlinge:

„Der Wettbewerb hat gezeigt, dass die öffentliche Verwaltung der Privatwirtschaft um nichts nachsteht.“ Dass es im Zuge von Neuerungen wie der E-Card zu Pannen komme, sei bedauerlich. Alle Reformen müssten nachjustiert werden. Pramböck ist sich der Wirkung solcher Systemfehler auf die Öffentlichkeit bewusst, sie seien abschreckende Beispiele für alle ähnlichen Anwendungen.

Ab 2006/07 soll die Bürgerkarte eingeführt werden, mit deren Hilfe jeder Bürger über Internet Zugang zu seinen Akten bekommen soll. Dass die Pannen bei der E-Card dem Image der Bürgerkarte nicht dienlich sind, glaubt auch der Linzer Magistratsdirektor Erich Wolny. Er ist jedoch zuversichtlich, dass aus den Fehlern gelernt wird. ■■■